

Babelsberger Konferenz, zu den differenzierenden Auswirkungen auf die Rechtswissenschaftler selbst. In vielem bin ich mit Herrn Eckert einer Meinung. Aber man kann auch diese Situation, in der wir uns damals befunden haben als Rechtswissenschaftler in der DDR, nicht ganz mit heutigen Maßstäben vergleichen. Man muß sie auch an heutigen Maßstäben messen, aber man muß natürlich ebenfalls die Situation begreifen, in der man damals gestanden hat. Und es ist ja gar nicht so einfach gewesen, es bedurfte schon eines gewissen Mutes, nach der Babelsberger Konferenz irgendetwas, wenn auch nur in versteckter Form, in einem Artikel unterzubringen.

Ich hatte hier und da auch manchmal den Versuch gemacht, eine Botschaft zu übermitteln. Das hat nichts mit Widerstand zu tun. Das hat auch nichts mit einer Fundamentalkritik zu tun. Aber es ist doch für mich – und da bleibe ich bei meiner Meinung – damals der Versuch gewesen, daran mitzuwirken, eine DDR zu schaffen, die eine ganz andere ist. Eine DDR, die anknüpft an bestimmte humanistische Werte und diese verwirklicht und für Ziele eintritt, die eben für die Menschen verständlich und vernünftig gewesen wären.

Aus der heutigen Sicht ist es natürlich leicht, so zu tun, Herr Eckert hat das in seinem Referat nicht getan, als sei alles ein Konformismus gewesen. Nein, es gab auch nach der Babelsberger Konferenz Auseinandersetzungen, Richtungskämpfe. Sie waren ihrer wissenschaftlichen und politischen Natur nach aber systemimmanent, nicht systemüberwindend. Vielen Dank. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank, Herr Prof. Mollnau. Ich bitte jetzt Herrn Prof. Dr. Soell, das Wort zu nehmen.

**Abg. Prof. Dr. Soell (SPD):** Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich möchte aus der Sicht eines Historikers Bemerkungen zu den Rahmenbedingungen der Babelsberger Konferenz machen. Um eine Frage von Herrn Eckert aufzugreifen, wie labil bzw. wie stabil war das Außen, das Deutschland und das DDR-interne Umfeld?

Ich resümiere nur ganz kurz die außenpolitischen Rahmenbedingungen, weil sie mir hier allgemein bekannt erscheinen. Die Tatsache, daß die DDR seit Mitte der 50er Jahre zumindest nach außen hin durch den Vertrag vom September 1955 souverän war, daß sie integriert war im Warschauer Pakt, der im Herbst 1955 gegründet worden ist. Auch ihre Streitkräfte sind dort integriert worden. Ich erwähne das auch deshalb, weil angesichts bestimmter militarisierender Aspekte ihrer Ideologie natürlich auch der waffentechnische Fortschritt auf Seiten der Sowjetunion nicht unberücksichtigt bleiben kann.

Seit der Entwicklung der Wasserstoffbombe im Sommer 1953 und der ersten Raketendrohung, die die Sowjetunion im Herbst 1956 während des Suez-Abenteuers gegen Frankreich und England ausgesprochen hat, hat die Sowjetunion weitere technologische Fortschritte gemacht. Sie hat im Herbst 1957 zum ersten Mal einen Satelliten in den Weltraum geschickt und schien ab da dem Westen technologisch einige Schritte in diesem Bereich voraus

zu sein. Daraus hat sich natürlich der Versuch entwickelt, politisches Kapital zu schlagen. Das blieb sicher nicht ohne Rückwirkung auf die psychische Gesamtverfassung des „sozialistischen Lagers“ und seine Führung. Das zu den stabileren Elementen dieses Umfeldes, soweit es sich um die internationalen Beziehungen handelt.

Was die mehr labilen Elemente angeht, muß man noch einmal zurückgreifen auf die Wirkung der Chruschtschow-Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und auf diese damals beginnende erste Phase der Entstalinisierung. Hier hat es in der DDR zunächst mehr eine formale Distanzierung vom Personenkult und von den terroristischen Methoden Stalins gegeben, nicht von Stalins Ideologie und Politik.

Auf der dritten Parteikonferenz der SED im März 1956 hat Schirdewan, damals noch zweiter Mann hinter Ulbricht, die bisherigen Anschauungen bei der Würdigung Stalins einer Revision unterzogen, allerdings nur in der Überschrift, nicht im Detail, hat aber gleichzeitig gesagt, die Rolle der „kämpferprobten Führer“ dürfe nicht attackiert werden. Dadurch hat er die Kritik, die natürlich auch an Ulbricht laut geworden war, versucht zurückzudrängen.

Im Sommer 1956 hat es dann, insbesondere bei der Intelligenz, die Forderung nach freimütiger Diskussion gegeben. Das wurde dann auch bei der Sitzung des Zentralkomitees deutlich. Es hat u. a. die Forderung gegeben, die Einmischung des SED-Apparates in wissenschaftliche Fragen künftig zu verhindern und den Marxismus von stalinistischen Verfälschungen zu reinigen. Gleichzeitig wurden innerparteiliche Gegner Ulbrichts, wie Dahlem, Ackermann, Jendretzky, Elli Schmidt, rehabilitiert. Max Fechner, der frühere Justizminister, dem ja vorgeworfen worden war, konterrevolutionäre Bestrebungen unterstützt zu haben, insbesondere die Sozialdemokratisierung des Rechts, wurde wieder freigelassen. Ebenso Paul Merker.

Zum ersten Mal sind in diesem Sommer 1956 auch Probleme der Rechtsicherheit in größerem Umfang thematisiert worden. Die SED gestand ein, daß zahlreiche Urteile in der Vergangenheit im Strafmaß zu hoch gewesen seien, Verhaftungen oft übereilt erfolgt seien. Rechte der Verteidiger sollten künftig erweitert werden, Staatsorgane überprüften zahlreiche Urteile. Im Juni 1956 sind 11.000 Personen, davon 600 Sozialdemokraten, amnestiert worden. Bis Oktober 1956 waren insgesamt 21.000 Häftlinge entlassen worden.

Im Zusammenhang mit der Bewegung in Ungarn begann allerdings schon im Oktober eine neue Verhaftungswelle und gerade das Ende der Bewegung in Ungarn, die Niederschlagung des Aufstandes hatte natürlich Ulbricht und seinem Anhang erheblich Oberwasser gegeben. Vor allem gegen Studenten und Anti-Stalinistische Gruppen innerhalb der SED wurde vorgegangen.

Im Dezember 1956 wurde die Verhaftung der „staatsfeindlichen Gruppe“ um Wolfgang Harich, Steinberger und Hartwig bekanntgegeben, gegen die